

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
IN DEUTSCHLAND

IV 2/10-6-F/AH

Berlin, den 5. September 1941

ad.A.45.14.10.-B.46.A.24.3.-A.45.14.2

B.46.A.24.1.-ZZ

POLITISCHES DEPARTEMENT

-3. SEP. 1941 056290

REF. B. 46. A. 24. 1

ally.  
P.L.

*Abteilung*  
Herr Minister,

Mit Ihrer *Kopie von B. 46. A. 24. 3* Zuschrift vom 25. v. Mts. ersuchten Sie mich, bei der deutschen Regierung zu verlangen, dass der unliebsamen Tätigkeit von Reiffer, Leonhardt und Konsorten endgültig Einhalt geboten werde. Sie wiesen mich an, Sie sobald wie möglich von den Erfolgen meiner Schritte zu unterrichten.

Die Stilisierung dieser Instruktionen dürfte zeigen, dass die Schwierigkeiten ihrer Ausführung wohl etwas unterschätzt worden sind. Die Stimmung unserem Lande gegenüber ist zur Zeit nicht günstig. Das Verhalten der deutschen Regierung anlässlich der 650 Jahrfeier und die unfreundlichen Aeusserungen der deutschen Presse, die allerdings in letzter Zeit etwas verstummt sind, dürften dies zur Genüge zeigen. Dazu kommen die Schwierigkeiten der Sache selbst. "Der Bund der Schweizer in Grossdeutschland" hat das ideologische Heu auf der gleichen Bühne wie das nationalsozialistische Deutschland. Wenn schliesslich auf das Interesse Deutschlands an guten Beziehungen mit der Schweiz hingewiesen wird, so muss man im Auge behalten, dass wir als kleines Land, das jetzt von den Achsenmächten umschlossen ist, ein grösseres Interesse an einem beidseitig guten Verhältnis haben.

Sie werden unter diesen Umständen verstehen, dass ich nicht wohl jetzt schon in der Lage bin, Sie von

An die Abteilung für Auswärtiges,

B e r n



einem vollen Erfolg meiner Bemühungen zu unterrichten. Immerhin hat eine eingehende Aussprache mit Herrn von Weizsäcker ergeben, dass das Auswärtige Amt bereit ist, sich dafür einzusetzen, dass Leonhardt und Reiffer angewiesen werden, ihre gegen die Schweiz gerichtete politische Tätigkeit einzustellen. Diesem Begehren konnte sich der Staatssekretär nicht wohl entziehen, nachdem dies seinerzeit im Zusammenhang mit der Angelegenheit Fritz Thyssen zugesichert worden war.

Bezüglich eines allgemeinen Verbotes des "Bundes der Schweizer in Grossdeutschland" konnte mir jedoch Herr von Weizsäcker keine Zusicherung machen. Das Auswärtige Amt ist offenbar, auch wenn dies Herr von Weizsäcker nicht zum Ausdruck gebracht hat, bei einer solchen Forderung in einer etwas schwierigen Lage. Gewiss müsste es einsehen, dass es international inkorrekt ist, eine Organisation zu dulden, die sich zur Aufgabe macht, das Regierungssystem eines befreundeten Nachbarlandes zu bekämpfen, mag auch dieser Kampf angeblich nicht in illegaler Weise erfolgen. Für das Auswärtige Amt ist es jedoch schwierig, einen solchen Standpunkt gegenüber den innern Stellen durchzusetzen. Es fragt sich, ob es klug ist, in dieser Frage eine Entscheidung der höchsten Stelle provozieren zu wollen.

Meines Erachtens ist dies nicht ratsam. Es wäre ein grosser Fehler, weil im Falle eines Misserfolges unser Verhältnis zu Deutschland noch mehr kompromittiert werden könnte. Entscheidend aber für meine Auffassung ist, dass der "Bund der Schweizer in Grossdeutschland" eine offensichtliche Fehlgeburt ist. Die Bemühungen dieser Landsleute, die meistens jedes Verständnis für die Heimat verloren haben,



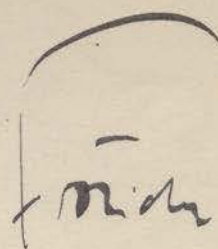
konnten bisher keine Erfolge erzielen und haben zu keiner Spaltung der Schweizer-Kolonie geführt. Ich bin auch überzeugt, dass sie in Zukunft keine Erfolge haben werden, so wenig wie frühere Versuche nationalsozialistische Organisationen innerhalb der Kolonie zu schaffen. Die Störungen der Bundesfeiern können in Zukunft ohne deutsche Hilfe durch geeignete Massnahmen verhindert werden. Die beleidigenden Briefe, die diese Erneuerer an General und Bundesräte, aber auch an die Gesandtschaft richten, haben auch nicht eine so grosse Bedeutung, dass man deshalb eine grosse diplomatische Aktion, die zu einem Misserfolg führen kann, unternehmen sollte. Herr von Weizsäcker hat übrigens bei Behandlung dieser Frage darauf hingewiesen, dass die Zensurstellen die Korrespondenzen nur nach dem Gesichtspunkt der Spionageabwehr prüfen und dass sie keine polizeilichen oder politischen Funktionen hätten. Die Gesandtschaft, die ebenfalls oft solche Briefe erhält, pflegt sie in der Regel gleich zu behandeln, wie Zuschriften geistig nicht Normalen, sie legt sie zu den Akten.

Das weitere Vorgehen in dieser Sache stelle ich mir so vor, dass gegen die öffentliche Betätigung der Erneuerer durch Schritte beim Auswärtigen Amt vorgegangen wird. Wie Konsul Stucki mitteilte, soll der Stützpunkt der Organisation in Ostpreussen einen Diskussionsabend veranstaltet haben, an dem auch Leonhardt seine Beteiligung in Aussicht stellte. Wie mir Konsul Stucki berichtete, hat er einen Vertrauensmann zu dieser Veranstaltung abgeordnet.

Der Bericht des Konsulates wird dann Gelegenheit geben zu prüfen, welche Schritte beim Auswärtigen Amt gegen diese öffentliche Betätigung zu unternehmen sind,

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

A handwritten signature in dark ink, consisting of a large, sweeping arch at the top, followed by a horizontal line, and then a series of connected, cursive letters that appear to read 'Friedrich'.